

BLICKPUNKT

DKP

Infopost der Deutschen Kommunistischen Partei Flensburg

Aufruf der DKP zum 1. Mai 2017

Heraus zum 1. Mai: Für einen grundsätzlichen Politikwechsel! Gegen Krieg und Kapital!

Wir rufen auf zur Teilnahme an den 1. Mai-Demonstration der Gewerkschaften. Die durch den DGB und seine Einzelgewerkschaften organisierten 1. Mai-Demonstrationen finden in diesem Jahr unter dem Motto: „Wir sind viele. Wir sind eins.“ statt. Grundsätzlich geht es darum, die Spaltung innerhalb der Arbeiterklasse zu überwinden und sich gemeinsam für bessere soziale Lebensbedingungen einzusetzen.

Im Fokus stehen u.a. höhere Tarifbindungen und der Ausbau der Mitbestimmung vor dem Hintergrund der sich durch Digitalisierung ändernden Arbeitswelt, eine Stärkung der gesetzlichen Rente sowie eine paritätische Finanzierung der Krankenversicherung, im Bereich der Steuern eine Entlastung von Beschäftigten bei gleichzeitiger Einführung einer Vermögenssteuer sowie equal pay für Frauen im Erwerbsleben.

Wir Kommunistinnen und Kommunisten in diesem Land unterstützen den DGB und seine Einzelgewerkschaften im Kampf um bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Die Kriegsgefahr steigt. Der seit Januar amtierende Präsident der USA, Donald Trump, versucht sich als Weltpolizist, in dem er im Alleingang und völkerrechtswidrig Bombardements in Syrien und Afghanistan durchführt bzw. die US-amerikanische Flotte vor Nordkorea stationieren lässt. Die große Koalition aus CDU und SPD in der Bundesregierung applaudiert und hält im Weißbuch 2014 fest, dass der Rüs-

tungsetat auf 2 Prozent des BIP wachsen soll, umgerechnet auf über 72 Mrd. Euro, was fast einer Verdoppelung des jetzigen Rüstungsetats entspricht. Gleichzeitig ist die Bundesrepublik bei Waffenproduktion und Rüstungsexport weltweit auf den ersten drei Plätzen zu finden – und ist damit auch verantwortlich für Krieg, Hunger, Not und die damit verbundene Steigerung der Zahl der sich auf der Flucht befindlichen Menschen. Ein grundsätzlicher Politikwechsel ist notwendig. Dazu gehört es, denjenigen in den Arm zu fallen, die letztlich von Kriegen profitieren und unendliches Leid in Kauf nehmen. Es sind die Monopole und Rüstungskonzerne, die am Krieg verdienen und ihre Profite auf neuen Märkten sichern wollen.

Stoppen wir die Kriegstreiber! Statt weiterer militärischer Aufrüstung müssen wir Militärproduktion in zivile Produktion umwandeln. Der erste Schritt dazu ist die Vergesellschaftung der Rüstungsindustrie. Gleichzeitig sind die für den Wehretat vorgesehenen finanziellen Steigerungen für die Sicherung der gesetzlichen Rente zu verwenden.

Derzeit sind weltweit rund 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Sie fliehen vor Krieg, Hunger und Elend. Sie sind es, die durch die Politik der NATO und ihrer Mitgliedstaaten unvorstellbares Leid ertragen müssen. Auch die deutsche Bundesregierung gehört zu den Fluchtverursachern.

Ohne die Hilfsbereitschaft von Millionen Menschen wäre die Aufnahme

von Geflüchteten in Deutschland nicht möglich gewesen. Eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben wird den Geflüchteten aber verweigert. Es fehlt an Arbeit, Wohnungen, Schulen und Infrastruktur. Es wird versucht, die Geflüchteten gegen die Menschen dieses Landes auszuspielen. Ein Ergebnis sind die Wahlerfolge der rechtspopulistischen Alternative für Deutschland (AfD), die sich zum Sammelbecken für Fremdenfeindlichkeit und Rassismus entwickelt. Gegen diese Rechtsentwicklung ist Widerstand zu entwickeln.

Gemeinsam werden wir den Kampf für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen für ALLE Menschen führen. Ein bundesweites Sofortprogramm für den Bau von >>>

1. Mai

Arbeit für alle.
Löhne rauf.
Rente mit 60.
Alle Auszubildenden übernehmen.
Kürzer arbeiten,
bei vollem Lohnausgleich.

DKP
Deutsche Kommunistische Partei

Wohnungen, Bildungseinrichtungen und Infrastruktur ist genauso notwendig wie eine Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden in der Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich, um zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen.

Der Mindestlohn ist zu niedrig und gilt nicht für alle, die Rente mit 63 ist eine Mogelpackung, die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auseinander, der Jugend wird mit schlechter Bildung und ohne Ausbildung die Zukunft vorenthalten. Im Namen der Haushaltskonsolidierung wird die Schuldenbremse weiter angewendet. In der Folge wird die öffentliche Daseinsvorsorge weiter eingeschränkt, staatliche Aufgaben werden weiter privatisiert. Eine Agenda 2020 wird aufgerufen mit ähnlichen Folgen wie die der Agenda 2010, in deren Umsetzung die Hartz-IV-Gesetze eingeführt

wurden und die Unternehmensbesteuerung gesenkt wurde.

Damit muss Schluss sein. Statt einer Agenda-2020-Politik ist eine gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben und eine Perspektive für die Jugend sicherzustellen.

Eine Welt ohne Kapitalismus, das ist der Sozialismus, eine Gesellschaft, in der die Macht der Konzerne und Banken ersetzt wird durch die politische Macht der Arbeiterklasse und anderer werktätiger Schichten der Bevölkerung. Eine Gesellschaft, die die Vergesellschaftung der wichtigsten Produktionsmittel, von Grund und Boden herbeiführen wird. Erst dadurch wird die Möglichkeit geschaffen werden, der Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Gesellschaft zu entgehen.

Deshalb sagen wir:

Heraus zum 1. Mai! Das ist notwendig, um deutlich zu machen: Wir wollen eure Kriege nicht!

Heraus zum 1. Mai! Das ist notwendig, um zukünftigen Sozialabbau abzuwehren und für unsere Interessen zu kämpfen.

Heraus zum 1. Mai! Das ist notwendig, um über die Ursachen dieser Zustände zu diskutieren und zum Kapitalismus alternative Gesellschaftsmodelle zu entwickeln.

Wir, die Mitglieder der Deutschen Kommunistischen Partei, sagen: Wer von der Krise spricht, darf vom Kapitalismus nicht schweigen. Wer grundsätzlich etwas ändern will, muss den Kapitalismus in Frage stellen.

Auch dafür demonstrieren wir am 1. Mai!

Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Tag der Arbeit

Alle Erfolge, die Gewerkschaften in den vergangenen Jahrzehnten erreicht haben, leben hieraus: Wir sind viele, wir sind eins! Wir sind viele: Wir sind Junge und Alte, Frauen und Männer, Migrantinnen und Migranten, Beschäftigte, Erwerbslose, Rentnerinnen und Rentner. Wir sind eins: Wir kämpfen für mehr soziale Gerechtigkeit und stehen für eine Gesellschaft, die die Würde der Menschen auch in der Arbeitswelt respektiert und schützt. Wir demonstrieren am 1. Mai für eine soziale, tolerante, demokratische und solidarische Gesellschaft in Deutschland und in Europa.

Wir demonstrieren für mehr soziale Gerechtigkeit!

Ob auf dem Arbeitsmarkt, bei der Rente, bei der Krankenversicherung, bei den Löhnen – es geht nicht gerecht zu in Deutschland. Wir haben aber ein Recht auf anständige Löhne, auf sichere Arbeitsverträge, auf Absicherung in der Arbeitslosigkeit. Wir wollen den Schutz von Tarifverträgen und mehr Mitbestimmung, gerade mit Blick auf Herausforderungen wie die Digitalisierung. Eine solidarische Gesellschaft bedeutet, ein gerechtes Steuerkonzept zu haben, das Reiche mehr belastet als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und einen handlungsfähigen Staat finanziert: Wir wollen einen Staat, der eine zukunftsfähige

Infrastruktur aufbaut und pflegt, bezahlbare Wohnungen baut und einen öffentlichen Dienst hat, der seine Aufgaben gut erfüllen kann. Die Rentnerinnen und Rentner, heute und in Zukunft, haben ein Recht auf ein Leben in Würde. Unsere Kinder sind unsere Zukunft – sie haben das Recht auf gute Bildung. Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, dass Arbeitgeber bei den Sozialversicherungsbeiträgen den hälftigen Anteil zahlen!

Deswegen fordern wir

- eine höhere Tarifbindung und einen Ausbau der Mitbestimmung für Gute Arbeit;
- neue Perspektiven für mehr Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt;
- eine Stärkung der gesetzlichen Rente für einen Lebensabend in Würde;
- eine gerechte Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung;
- Investitionen für einen handlungsfähigen Staat und einen guten öffentlichen Dienst;
- ein Steuerkonzept, das Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entlastet und Vermögende belastet;
- eine Reformkommission Bildung, die sich für Gute Bildung für alle einsetzt;
- eine gerechte Bezahlung der Frauen.

2017 als Wahljahr in Deutschland und Europa ist von besonderer Bedeutung. Wir rufen Alle auf, wählen zu gehen! Unsere Geschichte verpflichtet uns zum Handeln gegen Krieg und Intoleranz, gegen Rassismus und Antisemitismus.

Der 1. Mai ist unser Tag der Solidarität und kein Ort für Nazis und Rechtspopulisten.

DGB

**1. Mai 2017
Flensburg**

11 Uhr
„Wir sind viele. Wir sind eins.“
Demonstration, Treffpunkt Walzenmühle

12 Uhr
Kundgebung Südermarkt
Joachim Sopha - Susanne Uhl - Jürgen Jessen - Cosima Mitz - Pauline Wijns

13 Uhr
„Rhythm against Racism“
Bands rocken den Südermarkt - die DGB-Jugend lädt ein!
Intercultural music project - Marten Threapwood & das Leben - Holger Burner - Flensburg Melancholie - The Opposite of Silence - KarmaKarakta - Down on Knees
20 Uhr Aftershow Party im Tableau

V.i.S.d.P. DGB Stadtverband Flensburg, Rote Straße 1, Flensburg@dgb.de

Ostermarsch 2017 in Flensburg und Jagel

Am Ostertag demonstrierten wir in Flensburg für eine Welt ohne Militär, so steht es im Aufruf.

Aber die Bundeswehr übernimmt vom Fliegerhorst Jagel aus die militärische Aufklärung und bestimmt die Ziele, die dann von der US-Luftwaffe und anderen NATO-Armeen bombardiert werden, das unter der Verantwortung von Parteien, die den Flensburger Ostermarschaufruf unterzeichnet haben.

Militärische Aufklärung geht jeder Kriegshandlung voraus. Seit 2016 findet in Jagel die Bildauswertung statt. Das Bildmaterial wird von den Recce-Tornados geliefert. Bis 2016 mußten diese Soldatinnen und Soldaten noch im Auslandseinsatz stationiert werden. Die Bundeswehr hat jetzt ganz in der Nähe, in Jagel Soldatinnen und Soldaten, die von deutschem Boden aus Krieg in anderen Ländern aktiv führen. Da diese den Standort Jagel gar nicht verlassen, muß die Politik, also der Bundestag, auch nicht über deren Entsendung nach Afghanistan, Syrien oder Mali entscheiden. Sie sind Kombattanten ohne Auftrag des Parlamentes, obwohl die Bundeswehr sich so gerne als Parlamentsarmee darstellt. Welche militärischen Aufklärungsergebnisse an wen und zu welchen Zweck weitergeleitet werden, auch darüber gibt es keine parlamentarische Kontrolle, die wird von den Bundestagsparteien, die alle unseren Ostermarschaufruf unterschrieben haben, auch nicht wirksam durchgesetzt. Die Politik kann beschließen, mit den Kurden ein Bündnis gegen den Islamischen Staat eingehen zu wollen, aber die militärischen Aufklärer aus Jagel geben Daten an den NATO-Partner Türkei weiter, die dieser dazu verwenden könnte, Kurden militärisch zu vernichten.

Am Karfreitag ging der Ostermarsch nach Jagel, denn 365 Tage im Jahr, 24 Stunden am Tag geht vom Fliegerhorst Jagel Krieg aus.

Jagel ist neben Büchel Standort des ECR-Tornado: ECR, Electronic Combat Recce, steht für Elektronische Kampfführung und Aufklärung.

Alle ECR-Tornados sind mit der Software ASSATA und einem ELS Emitter Locator System aufgerüstet worden, das bestimmt die Position und verschiedene andere Parameter eines gegnerischen Radars und weist sie

direkt (ohne Umweg über einen menschlichen Entscheidungsträger) dem HARM Suchkopf für die schnelle Vernichtung zu.

Wenn der ELS die Position, die Größe und technische Ausstattung einer gegnerischen Radarstation erkannt hat, kann über die Software ASSATA direkt und ohne Umweg das Raketen-system HARM für die Vernichtung ausgelöst werden.

Bei den hohen Geschwindigkeiten im Einsatzflug ist es kaum möglich, dass ein Pilot das Ziel erkennt und in Millisekunden entscheidet, dass die Rakete oder Lenkwaffe abgefeuert wird. Bei Elektronischer Kampfführung entscheidet das Computersystem vollautomatisch über den Tod. Das System HARM ist ein „Fire and Forget System“ und kann das vom ELS erkannte Ziel selbständig finden und vernichten. Zwischen der Zielerkennung und Vernichtung liegen wenige Sekunden. Die Software kommandiert den Piloten, erteilt die Anweisung wohin er fliegen soll, wenn es die Signalwirkung empfängt. Das ist die Umkehr bisheriger Befehlsstrukturen: Das Aufklärungssystem befiehlt dem Piloten und nicht umgekehrt. Wenn der Pilot

nung vom Kriegsgeschehen gesteuert werden, während der Pilot im Tornado der Gefahr im Kriegsgebiet ausgesetzt ist. Die Aufrüstung mit Kampfdrohnen Heron TP wurde bereits beschlossen. 2019 sollen Kampfdrohnen vom Typ Heron TP dem Geschwader zugeordnet werden. 2025 schließlich sollen Großdrohnen vom Typ Triton, die eine Flügelspannweite von fast 40 m haben, hier abheben. Rollbahn und Hangar sind bereits gebaut.

Die Waffenausbildung der Piloten am Tornado wurde seit Anfang April dieses Jahres von US Amerikanischen Holoman nach Jagel verlegt. Anwohnerinnen und Anwohner bemerken den Fluglärm durch erhöhten Flugbetrieb schon jetzt.

Der Cyberraum mit elektromagnetischem Spektrum und Internet, sind neben Land,- Luft- und Seekriegsführung als viertes Gefechtsfeld definiert worden und seit 1. April, kein Aprilscherz, haben wir dafür eine eigene Teilstreitkraft bekommen. Die Cyberkrieger der Bundeswehr spionieren Computernetzwerke aus und produzieren Schadsoftware, mit der auch zivile Infrastruktur anderer Länder lahmgelegt werden könnte.



eines Tornado nur noch die Funktion eines Chauffeurs hat, der die Waffe in Zielnähe bringt ist er verzichtbar. Tornados sind Auslaufmodell und Drohnen übernehmen den Auftrag, ohne dass dafür ein Pilot nötig ist.

Die Drohne Heron TP verfügt über alle militärischen Fähigkeiten des ECR-Tornados, kommt aber als unbemanntes Flugobjekt ohne den Piloten aus. Die Drohne kann aus sicherer Entfer-

Seit Sommer 2015 organisieren wir regelmäßig Mahnwachen am Fliegerhorst Jagel um gegen die Kriegsbeteiligung des Geschwaders 51 zu protestieren. Und die Aktionen gehen weiter: Am 20. Mai findet der Lauf zwischen den Meeren über Jagel statt. Friedensbewegte Läuferinnen nehmen daran teil. Mahnwache ist um 11 Uhr vor dem Haupttor.

Sorgenfrei leben im Alter? Denkste!

Flensburger Sozialatlas zeigt deutlichen Trend bei Altersarmut

Wer jahrzehntlang arbeitet, der hofft im Alter auf einen ruhigen Lebensabend. Inzwischen entpuppt sich diese Hoffnung für immer mehr Menschen als trügerisch; nachzulesen im Flensburger Sozialatlas: „In Flensburg beziehen im Jahr 2015 insgesamt 2.173 Personen Leistungen der Grundsicherung außerhalb von Einrichtungen. Innerhalb nur eines Jahres nahm damit die Anzahl der Empfänger/innen um 113 bzw. 5,4 Prozent zu. Gegenüber 2011 beträgt der Anstieg sogar 496 bzw. 29,6 Prozent.“ Diese rasante Entwicklung bedeutet für die kommenden Rentengenerationen: ohne existenzsichernde Rentenansprüche wird es ziemlich unruhig werden im Ruhestand. Das betrifft vor allem die Stadtteile im Norden. Laut Sozialatlas sind „ältere Menschen am stärksten in der Neustadt und der Nordstadt auf Unterstützung angewiesen. Innerhalb dieser Altersgruppe beziehen 20,3 Prozent bzw. 11,4 Prozent Grundsicherung nach dem SGB XII.“ Jeder fünfte Neustädter über 65 Jahre bezieht also finanzielle Unterstützung; hat dafür einen entsprechenden Antrag gestellt und seine Kinder und andere Angehörige haben ihre finanziellen Mittel offengelegt.

Ganz anders sieht die Situation bei vielen Pensionären oder Mehrfamilienhausbesitzer aus. Sie sparen im Alter oftmals sogar noch Vermögen an. Der Sozialatlas schreibt dazu: „In Tarup, Weiche und Mürwik sind es demgegenüber nur 1,7 Prozent bis 3,3 Prozent“, die auf Grundsicherung ange-

wiesen sind. Die armen Alten stellen in diesen Stadtteilen eine Minderheit dar. Es geht also ein Riss durch die Stadt, der sich in der Zukunft noch vertiefen wird.

Denn die Absenkung des Rentenniveaus ist beschlossene Sache. Der Grund ist: die Zahl der Rentnerinnen und Rentner steigt und die der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler sinkt. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat ausgerechnet, dass 2016 die verfügbare Standardrente bei 1.200 Euro lag und das Durchschnittsentgelt bei 2.505 Euro. Damit ergibt sich rechnerisch ein Rentenniveau „netto vor Steuern“ bei etwa 47,9 Prozent (nachzulesen auf der Seite rentemuss-reichen.de). Ab 2030 gilt ein Niveau von 43 Prozent. Umgerechnet auf heute bedeutet das: Wer 45 Jahre lang 2.500 Euro verdient, hat Anspruch auf 1.077 Euro. Harte Zeiten kommen da auf uns zu. Wer nicht sein Leben lang vollzeiterwerbstätig ist und gut verdient, hat im Alter das Nachsehen. Darum haben die Gewerkschaften vor der Bundestagswahl eine Rentenkampagne ins Leben gerufen. Da geht es allerdings nur um Korrekturen am bestehenden System, wie beispielsweise die Forderung, die Mütterrente zukünftig aus Steuermitteln zu finanzieren, um so die Beiträge zur Rentenversicherung zu stabilisieren. Ein Kurswechsel sieht anders aus. Eine steuerfinanzierte Alterssicherung, die auch Immobilienbesitzer, Selbständige und Beamte zur Finanzierung heranzieht, ist für die Gewerkschaften

keine Option. Dabei ist die Situation bereits jetzt prekär: Der Sozialatlas erfasst nämlich keine Rentner, die zwar arm sind, aber aus Scham keinen Antrag auf Grundsicherung stellen. Schon jetzt arbeiten viele Rentner in Minijobs, um die Rente aufzubessern; schließlich halten bereits die Nebenkosten schon lange nicht mehr Schritt mit den Rentenabhebungen. Dazu kommen noch die wachsenden Ausgaben für Gesundheit durch Rezeptgebühren und Zuzahlungen. So wächst die Armut im Alter. Der Armutsbericht der Wohlfahrtsverbände wies im März auf das bundesweit zu beobachtende rasante Wachstum der Zahl armen Rentnerinnen und Rentner hin. War noch 2005 nur jeder zehnte Rentner arm, war es zehn Jahre später (2015) schon jeder sechste.

Die soziale Frage wird sich also weiter zuspitzen; auch in Flensburg.

DKP lädt ein:

Mitgliederversammlung

Donnerstag, 18. Mai, 19 Uhr
Donnerstag, 15. Juni, 19 Uhr
Donnerstag, 20. Juli, 19 Uhr
Kulturcafé Tableau
Kurze Str. 1, Flensburg

BLICKPUNKT

DKP

Infopost der Deutschen Kommunistischen Partei Flensburg

Herausgeber: DKP Flensburg
Postfach 1401, 24904 Flensburg
dkp.flensburg@versanet.de

Erscheinungsweise: vierteljährlich
Redaktion: Ludwig Hecker (ViSdP)
Druck: Eigendruck

BLICKPUNKT
liegt regelmäßig aus in der

OSSIETZKY-BUCHHANDLUNG
TABLEAU-KULTURCAFÉ
HAFERMARKT | KONTRASTE
KAFFEEHAUS | VIVA
GRISOU | CAFÉ CENTRAL
PORTICUS | FEUERSTEIN
VOLKSBAD

DGB

8. Mai 1945 ° 8. Mai 2017
Tag der Befreiung

Einladung zum gemeinsamen Gedenken auf dem Friedenshügel in Flensburg
am Montag, den 8. Mai 2017 um 12 Uhr